

URGENT ACTION

ZAHLREICHE PROTESTIERENDE WEITERHIN IN HAFT

NICARAGUA

UA-Nr: **UA-082/2019** AI-Index: **AMR 43/0406/2019** Datum: **10. Juni 2019** – ar

MINDESTENS 100 FRIEDLICHE PROTESTIERENDE

inzwischen freigelassen:

AMAYA COPPENS, Studierendensprecherin, 23 Jahre

CHRISTOPHER OLIVAS, Studierendensprecher, 19 Jahre

LUCÍA PINEDA UBAU, 45-jährige Journalistin

MIGUEL MORA, 53-jähriger Journalist

Ein Jahr nach den Protesten befinden sich in Nicaragua immer noch mehr als 100 Personen in Haft. Gegen etwa 700 Menschen sind strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet worden. Ein kürzlich von der Nationalversammlung angenommenes Amnestiegesetz stellt unter Umständen eine Gefahr für die Rechte der Betroffenen auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung dar. Alle diejenigen, die sich nur aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Haft befinden, müssen umgehend freigelassen und die Anklagen gegen sie fallengelassen werden.

Seit April 2018 verfolgt die nicaraguanische Regierung eine Strategie der Strafverfolgung und Kriminalisierung derjenigen Personen, die an den damaligen landesweiten Protesten teilgenommen haben. Gegen etwa 700 Menschen sind strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet worden und mehr als 100 Personen befinden sich nach wie vor in Haft, obwohl die nicaraguanische Regierung zugesagt hat, sie alle spätestens bis zum 18. Juni 2019 freizulassen. Der UN-Menschenrechtsrat und der Ständige Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) haben die Freilassung der Inhaftierten gefordert. Zudem könnte das am 8. Juni von der Nationalversammlung angenommene Amnestiegesetz eine Gefahr für die Rechte der Betroffenen auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung darstellen.

Nach einem Gesetzesvorschlag über Reformen des Sozialversicherungssystems brachen in Nicaragua am 18. April 2018 zahlreiche Proteste aus. Um die öffentlichen Einrichtungen im Land war es bereits seit Jahren nicht zum Besten bestellt. Die Proteste wurden von den Behörden gewaltsam niedergeschlagen. Laut Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission wurden dabei 325 Personen getötet, darunter 21 Polizist_innen und 24 Minderjährige. Mehr als 2.000 Menschen wurden verletzt. Nach Angaben zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden darüber hinaus mehr als 700 Personen festgenommen. Etwa 300 im Gesundheitswesen Beschäftigte wurden entlassen und 144 Studierenden der öffentlichen Universität *Universidad Nacional Autónoma de Nicaragua* (UNAN) wurde der Studienplatz entzogen. Mehr als 70 Journalist_innen und Medienschaffende sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen. Laut Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge sind etwa 62.000 nicaraguanische Staatsangehörige ins benachbarte Ausland geflohen, 55.000 davon nach Costa Rica.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 16. Mai 2019 wurde der 57-jährige Eddy Montes, der über die nicaraguanische und US-amerikanische Staatsbürgerschaft verfügte, im Gefängnis La Modelo in Managua erschossen. Gemeinsam mit vielen weiteren Personen war er wegen seiner Beteiligung an den Demonstrationen im April 2018 festgenommen worden.

Im Oktober 2018 veröffentlichte Amnesty International den englischsprachigen Bericht *Instilling terror: from lethal force to persecution in Nicaragua* (<https://www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/en/>). Der

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Bericht kommt zu dem Schluss, dass die nicaraguanische Regierung eine repressive Strategie verfolgte, die darauf beruhte, vermeintliche Gegner_innen zu kriminalisieren. Personen, die gegen die Regierung protestierten, wurden als „Terroristen“ und „Putschisten“ abgestempelt, um ein entsprechend gewaltsames Vorgehen zu rechtfertigen.

Nach wie vor kommt es in Nicaragua zu Protesten, in denen die Menschen grundlegende Veränderungen fordern. Es ist über ein Jahr her, dass die Regierung scharf gegen die Teilnehmer_innen der damaligen Proteste vorging. Doch Amnesty International erhält nach wie vor Berichte über willkürliche Inhaftierungen und die Folterung von inhaftierten Personen. Einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z. B. der Menschenrechtsorganisation *Centro Nicaragüense de los Derechos Humanos* (CENIDH) wurde die Registrierung als juristische Person entzogen. Sie können nach wie vor nicht ungehindert ihrer Arbeit nachgehen, und auch Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen werden weiterhin schikaniert. Die Regierung scheint nach wie vor die Strategie zu verfolgen, kritische Stimmen anhand von Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zum Schweigen bringen zu wollen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER EINE TWITTER-NACHRICHT MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Lassen Sie bitte alle diejenigen umgehend frei, die sich seit dem 18. April 2018 aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Haft befinden. Alle Anklagen gegen sie müssen fallengelassen werden.
- Sorgen Sie zudem dafür, dass Personen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, nicht von dem neuen Amnestiegesetz profitieren.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Daniel Ortega Saavedra, Presidencia de la República
c/o Minister for Foreign Affairs
Del cine González 1 c. al Sur, sobre Avenida Bolívar
Managua, NICARAGUA
(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)

E-Mail: nicaragua@oas.org

Twitter: @DenisCanciller

VIZE-PRÄSIDENT

Rosario Murillo Zambrana
Presidencia de la República
frente a Palacio Nacional
calle 4 Noroeste, Managua, 11001
NICARAGUA
(Dear Vice President / Sehr geehrter Herr Vizepräsident)

Fax: (00 505) 2228 9090

E-Mail: rosariom@ibw.com.ni

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie nach dem **18. Juli 2019** keine Appelle mehr zu versenden.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to immediately release and drop all charges of all detained solely for exercising their right to freedom of expression and peaceful assembly since 18 April 2018.
- Please guarantee that amnesty is not provided to any person responsible for serious human rights violations.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

